

Antrag 220/I/2025**AG Selbst Aktiv Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: AH Fraktion (Konsens)****Fortschreibung Maßnahmenplan „Berlin inklusiv“ sichern**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats
2 und des Berliner Abgeordnetenhauses werden aufgefor-
3 dert, sich im Hinblick auf den Doppelhaushalt 2026/2027
4 für die Bereitstellung und Sicherung der notwendigen fi-
5 nanziellen Ressourcen für eine zukunftsorientierte Fort-
6 schreibung einer gesamtstädtischen Strategie einzuset-
7 zen, um Berlin zu einer tatsächlich inklusiven Stadt wei-
8 terzuentwickeln. Grundsätzlich gilt: Barrierefreiheit als
9 Qualitätsstandard hat alle Lebensbereiche zu umfassen.

10

11 Gefordert wird

- 12 • die Fortsetzung der Strategiekonferenz Inklusion
13 und Eingliederungshilfe
- 14 • ein zweiter Maßnahmenplan „Berlin inklusiv“, der
15 nahtlos an den Ende 2025 endenden Maßnahme-
16 plan anschließt
- 17 • das regelmäßige Aufgreifen entsprechender Diskus-
18 sionen und Ergebnisse in die tatsächliche Politikbe-
19 fassung des Berliner Senates und des Berliner Abge-
20 ordnetenhauses.

21

22 **Begründung**

23 Der Berliner Maßnahmenplan 2020 bis 2025 war/ist
24 ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der UN-
25 Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) und setzt
26 ein klares Zeichen für ein ressortübergreifendes Disability
27 Mainstreaming: Jede Senatsverwaltung stärkt die Rechte
28 und Belange von Menschen mit Behinderungen bei
29 Maßnahmen eigenverantwortlich und beteiligt sie und
30 die sie vertretenden Organisationen.

31

32 Der Aktionsplan hat wesentlich dazu geführt, dass das Be-
33 wusstsein für die demokratischen Rechte von Menschen
34 mit Behinderungen senatsverwaltungsübergreifend und
35 in der Berliner Bevölkerung gestiegen ist. Dieser Prozess
36 darf im Hinblick auf die Entwicklung und Umsetzung des
37 Berliner Maßnahmenplans 2027-2032 nicht gestoppt wer-
38 den. Nur die Sicherstellung der notwendigen Ressourcen
39 im Doppelhaushalt 2026/27 gewährleistet die Entwick-
40 lung partizipativ erarbeiteter Strategien für ein neues in-
41 klusionspolitisches Maßnahmenpaket für ganz Berlin für
42 die nächsten fünf Jahre. In diesen demokratischen Pro-
43 zess sind weiterhin alle gesetzlich festgelegten behinder-
44 tenpolitischen Akteur*innen des Landes Berlin einzube-
45 ziehen.

46

47 In allen Bundesländern werden Aktions- und Maßnah-
48 menpläne zur Umsetzung der UN-BRK alle Jahre fortge-

49 schrieben und umfassen mittlerweile umfassende Kon-
50 zepte zur Partizipation der Zivilgesellschaft und Digitali-
51 sierung. Berlin darf in dieser Entwicklung nicht zurückste-
52 hen sondern muss diesen demokratischen Prozess auch
53 für die kommenden Jahre sicherstellen.